

Ich würde es allerdings als unglücklich anschauen, wenn man dann gleichzeitig wieder über die Besteuerung diskutieren würde. Wir sind der Auffassung, man könne mit dem aktuellen Modell leben, besser als mit jedem anderen Modell, das man in den letzten vier Jahren und mehr angeschaut hat.

Darum: Der Bundesrat wird die Teilrevision bringen. Er kann sie direkt bringen, das ist in Vorbereitung. So kann er mindestens die unbestrittenen Teile einmal erledigen und in Kraft setzen und hat danach wieder Zeit, um ein besseres Besteuerungsmodell zu finden.

Angenommen – Adopté

15.9001

Mitteilungen des Präsidenten Communications du président

Le président (Comte Raphaël, président): Nous prenons congé pour la dernière fois de Madame la conseillère fédérale Widmer-Schlumpf.

La «laudatio» s'est faite à l'Assemblée fédérale, mais permettez-moi, Madame la conseillère fédérale, de vous adresser, au nom du Conseil des Etats, nos plus vifs remerciements pour l'excellente collaboration qui s'est établie au cours des dernières années. Nous avons pu mener plusieurs projets de concert, dans un esprit de dialogue, de consensus, et nous avons toujours trouvé des solutions dans l'intérêt du pays. Nous vous souhaitons naturellement une excellente vie en dehors du Conseil fédéral. Elle sera sans doute extrêmement chargée, d'une manière différente, mais n'en sera pas moins passionnante! Merci encore donc pour l'excellent travail que nous avons pu faire au cours des dernières années. (*Applaudissements*)

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Ich danke Ihnen, geschätzte Damen und Herren Ständerätinnen und Ständeräte. Es war eine intensive, eine herausfordernde Zeit – ich denke, für beide Seiten. Wir haben einiges an Projekten durchgebracht, miteinander intensiv und kontrovers diskutiert, aber auch immer wieder gute Kompromisslösungen gefunden, wie das im schweizerischen Modell eben wichtig ist. Ich danke Ihnen herzlich für die sehr gute Zusammenarbeit, die ich sehr geschätzt habe, und für Ihre Unterstützung. Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen bei der Gestaltung der Zukunft der Schweiz. Dabei soll es ja vorangehen und nicht rückwärts. Ich wünsche Ihnen auch eine glückliche Hand bei der Verteidigung der Werte, die unser Land stark gemacht haben. Das sind Respekt und Toleranz, aber auch Offenheit und Solidarität.

In diesem Sinne werde ich gerne aus der Ferne weiterverfolgen, was das Parlament für Lösungen präsentiert. Danke schön! (*Beifall*)

15.301

Standesinitiative Basel-Landschaft. Zusätzliche Aufstockung des Grenzwachtkorps und angemessene Verteilung der Ressourcen auf die Regionen

Initiative cantonale Bâle-Campagne. Nouvelle augmentation des effectifs du Corps des gardes-frontière et répartition adéquate des ressources entre les régions

Vorprüfung – Examen préalable

Ständerat/Conseil des Etats 16.12.15 (Vorprüfung – Examen préalable)

15.311

Standesinitiative Basel-Stadt. Aufstockung des Grenzwachtkorps

Initiative cantonale Bâle-Ville. Renforcer les effectifs du Corps des gardes-frontière

Vorprüfung – Examen préalable

Ständerat/Conseil des Etats 16.12.15 (Vorprüfung – Examen préalable)

Antrag der Kommission

Den Initiativen 15.301 und 15.311 keine Folge geben

Antrag Janiak

Der Initiative 15.301 Folge geben

Proposition de la commission

Ne pas donner suite aux initiatives 15.301 et 15.311

Proposition Janiak

Donner suite à l'initiative 15.301

Le président (Comte Raphaël, président): Deux rapports écrits de la commission vous ont été remis.

Kuprecht Alex (V, SZ), für die Kommission: Die vorliegende Standesinitiative Basel-Landschaft ersucht die Bundesbehörden dringend, den Bestand des Grenzwachtkorps so aufzustocken und «an allen Standorten personell so auszustatten, dass es seine Aufgaben nach Massgabe der jeweils bestehenden Sicherheitsituation in guter Qualität und entsprechend den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung wahrnehmen kann». Dieser Initiativtext wurde am 15. Januar 2015 im Landrat einstimmig so beschlossen und der Bundesversammlung zugestellt. Die Standesinitiative Basel-Stadt hat praktisch die gleichlautende Formulierung und zielt ebenfalls auf eine Bestandserhöhung des Grenzwachtkorps ab.

Die Behandlung dieser Standesinitiativen könnte im Lichte des aktuellen Geschehens wohl nicht zu einem besseren Zeitpunkt als in dieser Session zur Behandlung gelangen. Die Frage der Aufstockung des Bestandes des Grenzwachtkorps hat die Sicherheitspolitische Kommission und das Parlament in den vergangenen Jahren schon mehrmals beschäftigt. Mehrere parlamentarische Vorstösse zeugen von der Wichtigkeit und Dringlichkeit einer Anpassung des Bestandes des Grenzwachtkorps. So befasste sich unser Rat unter anderem am 9. Dezember 2009 mit der Motion des damaligen Nationalrates Hans Fehr 12.3180, der eine Verstärkung des Grenzwachtkorps von 200 bis 300 Stellen forderte. Die Sicherheitspolitische Kommission unseres Rates be-

schloss damals, von einer fixen Zahl abzusehen, und beantragte dem Rat eine pauschale Formulierung, indem sie forderte, dass für das Grenzwachtkorps so viele Mitarbeitende einzustellen seien, wie für die Gewährleistung einer lagegerechten Kontrolldichte benötigt werden. Der Ständerat folgte diesem Antrag, und der Nationalrat schloss sich ihm dann ebenfalls an.

Im Rahmen der Beratung der besagten Motion Fehr Hans reichte die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates ein Kommissionspostulat 09.3737 ein, das den Bundesrat beauftragte, den Bestand des Grenzwachtkorps bis Ende 2010 aufgrund der Erfahrungen mit dem Schengen/Dublin-Abkommen zu prüfen und im Geschäftsbericht 2010 darüber zu berichten. Auch dieses Postulat wurde am 9. Dezember 2009 durch unseren Rat angenommen.

In Erfüllung eines Postulates von Frau Nationalrätin Hildgard Fässler 08.3513 legte der Bundesrat dann am 26. Januar 2011 seinen Bericht über die Eidgenössische Zollverwaltung vor, in dem er einen Unterbestand von 35 Vollzeitstellen im Grenzwachtkorps feststellte. Unsere Sicherheitspolitische Kommission befasste sich mit diesem Bericht im Oktober 2011 und schätzte bereits damals die Lage im Grenzwachtkorps als sehr problematisch ein. Sie forderte die Vorsteherin des EFD auf, möglichst schnell zu handeln und die fehlenden 24 Stellen – 11 Stellen waren früher bewilligt worden – zu schaffen.

Die Kommissionen und beide Räte befassten sich mit weiteren parlamentarischen Vorstössen. Die Kommissionen gaben auch auf schriftlichem Weg den Finanzkommissionen bekannt, dass aus ihrer Sicht eine massive Aufstockung des Grenzwachtkorps dringend notwendig sei. Anlässlich der Beratung des Voranschlags 2013 schlossen sich die Finanzkommissionen den Argumenten und Aufforderungen beider Sicherheitspolitischen Kommissionen an und stimmten der Mittelaufstockung, dem einfachsten und wirkungsvollsten Handlungsweg, zu. Im weiteren Verlauf diskutierte die SiK-SR noch mehrmals über notwendige Massnahmen in Bezug auf das Grenzwachtkorps, so am 7./8. Januar 2013 bei der Behandlung der parlamentarischen Initiative Raymond 10.515, am 22. August 2013 bei der Behandlung des Kommissionspostulates der SiK-SR 13.3666 sowie der Motion Romano 12.3071, «Grenzwachtkorps aufstocken». Am 23. September 2013 stimmte der Ständerat dieser Motion Romano mit 36 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Im Juni dieses Jahres beschloss der Bundesrat zudem, dem Grenzwachtkorps zusätzliche 48 Stellen zu bewilligen und damit dessen Bestand aufzustocken. Damit wurde beim Grenzwachtkorps in den letzten Jahren um über 80 Stellen aufgestockt, und für das Jahr 2016 sind weitere 20 und für das Jahr 2017 nochmals 28 Stellen für das Grenzwachtkorps zu schaffen. Insgesamt werden im Grenzwachtkorps bis 2017 gegen 130 Stellen neu geschaffen worden sein.

Die SiK unseres Rates unterstützt im Grundsatz die Stossrichtung der vorliegenden Standesinitiativen vollumfänglich, da sie ein erhebliches Defizit an den Grenzen orten. Es stellt sich bei der Behandlung der vorliegenden Standesinitiativen in Bezug auf eine allfällige Unterstützung jedoch die Frage, ob ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht oder nicht. Nachdem die Motion 12.3071 die Aufstockung des Grenzwachtkorps fordert und dieser Motion in beiden Räten zugestimmt wurde, erachtet es die Kommission als nicht notwendig, diesen in die gleiche Richtung zielenden Standesinitiativen Basel-Landschaft und Basel-Stadt Folge zu geben. Zudem sieht es Ihre SiK nicht als die Aufgabe des Parlamentes an, dem Grenzwachtkorps operative Vorschriften zu machen, wie es die Kräfte einzuteilen und einzusetzen hat. Schliesslich unterstreicht unsere Kommission in aller Deutlichkeit, dass der schnellste und effizienteste Weg, das Grenzwachtkorps zu verstärken, über den Budgetweg führt und so auch in Zukunft auf kohärente Art und Weise die notwendigen finanziellen Mittel bewilligt werden können.

Ich ersuche Sie aus den dargelegten Gründen, beiden Standesinitiativen keine Folge zu geben und auch den Einzelantrag von Kollege Janiak abzulehnen.

Fournier Jean-René (C, VS), pour la commission: La Commission des finances du Conseil des Etats a procédé à l'examen préalable de l'initiative du canton de Bâle-Ville 15.311, «Renforcer les effectifs du Corps des gardes-frontière», qui est rédigée dans des termes tout à fait similaires à l'initiative 15.301, «Nouvelle augmentation des effectifs du Corps des gardes-frontière et répartition adéquate des ressources entre les régions», déposée par le canton de Bâle-Campagne. L'examen a eu lieu lors de la séance du 10 novembre dernier.

Par l'initiative 15.311, les auteurs invitent les autorités fédérales à faire en sorte que le Corps des gardes-frontière dispose, sur l'ensemble du territoire suisse, d'effectifs adéquats pour accomplir ses missions le mieux possible en fonction de la situation réelle et des besoins de la population en matière de sécurité.

La commission a auditionné Monsieur David Frey, secrétaire général du Département de justice et sécurité du canton de Bâle-Ville, ainsi qu'un représentant du Grand Conseil de Bâle-Ville, Monsieur Remo Gallacchi.

Les membres de la commission ont déclaré comprendre et reconnaître les préoccupations et les demandes émanant du canton de Bâle-Ville. Ils prennent également le thème des effectifs des gardes-frontière très au sérieux. Ils ont à ce propos indiqué que tant la Commission des finances que la Commission de la politique de sécurité du Conseil des Etats, puis les Chambres fédérales, avaient déjà à plusieurs reprises, ces dernières années, comme l'a souligné mon préopinant, soutenu des interventions parlementaires allant dans le sens d'un renforcement des moyens octroyés au Corps des gardes-frontière.

Si elle approuve les objectifs poursuivis par l'initiative qui nous est soumise aujourd'hui, la commission considère cependant que lui donner suite ne constituerait pas la procédure adaptée et adéquate pour résoudre le problème.

Il a été relevé, durant les discussions en commission, qu'une initiative cantonale déposée par le canton de Bâle-Campagne, formulée en des termes quasi semblables, venait de faire l'objet d'un examen préalable au sein de la Commission de la politique de sécurité du Conseil des Etats, qui a décidé, par 6 voix contre 4 et 2 abstentions, de ne pas y donner suite.

La discussion et les arguments exposés au sein de la Commission de la politique de sécurité ont été sensiblement les mêmes qu'au sein de la Commission des finances. Les membres de la Commission des finances ont dès lors estimé que le résultat de leurs délibérations devait concorder avec celui émanant de la Commission de la politique de sécurité de notre conseil.

Fort de ces considérations, la Commission des finances propose à l'unanimité – 10 voix contre 0 – de ne pas donner suite à l'initiative 15.311 du canton de Bâle-Ville, non sans rappeler que la clarté du vote ne doit pas laisser croire que les membres de la commission ne partagent pas les préoccupations des auteurs du texte.

Je vous invite donc, comme mon préopinant, à ne pas donner suite à cette initiative cantonale.

Janiak Claude (S, BL): Die Standesinitiative meines Kantons passt sehr gut zur Diskussion, die wir in diesem Rat vor neun Tagen im Zusammenhang mit der ausserordentlichen Session zur Frage systematischer Grenzkontrollen und zur dabei traktandierten Motion Kuprecht 15.3841, «Systematische Grenzkontrollen sofort einführen», geführt haben. Ich habe damals darauf hingewiesen, dass systematische Grenzkontrollen eine Illusion seien, dass eine Aufstockung des Grenzwachtkorps aber unverzichtbar und vor allem wirksamer sei, um die Sicherheit zu verbessern. Es ist nachgewiesen, dass sich die Sicherheitslage dank den Kontrollen, die das Grenzwachtkorps zusammen mit der Polizei hinter der Grenze durchführt, zwar verbessert hat, dass sie aber noch immer unbefriedigend ist.

Was will nun diese Standesinitiative? Erstens will sie die personelle Aufstockung des Grenzwachtkorps, zweitens die

Verteilung des zusätzlichen Personals auf die Regionen entsprechend der jeweiligen Sicherheitssituation.

Dieses Thema beschäftigt die Räte ja seit einiger Zeit, Kollege Kuprecht hat all die Vorstösse aufgezählt. Ich erspare es Ihnen, sie noch einmal zu erwähnen, sie sind auch im Bericht aufgeführt. Letztmals haben wir uns über das Thema unterhalten, als wir uns mit dem «Bericht über Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2014» befasst haben, also damit, was abgeschrieben werden soll und was nicht.

Der Personalbestand des Grenzwachtkorps wurde zwar in den letzten Jahren in den eidgenössischen Räten regelmässig thematisiert, eine Botschaft, welche die Aufgaben des Grenzwachtkorps untersucht, das Mengenwachstum und die Aufgabenveränderung beziffert, die Verteilung des Bedarfs auf die Regionen darlegt und somit als echte Entscheidungsgrundlage dienen könnte, fehlt jedoch leider noch. Die Initiative will eigentlich nichts anderes als die Stossrichtung der an sich unbestrittenen Motion Romano verstärken.

Wir haben immer wieder gehört – es wurde einmal angekündigt –, dass 48 neue Grenzwachter und Grenzwachterinnen angestellt werden sollen, und zwar schwerpunktmässig in der Grenzwachregion I, Nordwestschweiz. Nach Meinung meines Kantons reichen diese Stellen aber nicht aus, es braucht mindestens 100 zusätzliche Mitarbeitende für eine substanzielle, am Bedarf ausgerichtete Personalaufstockung beim Grenzwachtkorps.

Zwischen dem Grenzwachtkorps und dem Kanton Basel-Landschaft besteht eine Kooperationsvereinbarung, die sich sehr gut bewährt. Die enge Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität wird von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen und nachdrücklich unterstützt. Die Kooperation zwischen dem Grenzwachtkorps und der Polizei in hohem Masse vertrauensbildend und stärkt das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wesentlich. Vonseiten des Grenzwachtkorps und der Polizei wird betont, dass die Effektivität der Sicherheitszusammenarbeit mit zusätzlichem Personal wesentlich erhöht werden könnte; es stünden mehr Ressourcen für die Durchführung gemeinsamer Einsätze und bestimmter Aktionen zur Verfügung. Die Kontrolldicke könnte ausgebaut und der Kontrolldruck dadurch erhöht werden, die Prävention würde dank intensiver Zusammenarbeit und besserer gegenseitiger Einbindung insgesamt noch mehr Wirksamkeit erreichen.

Das Aufgabenspektrum des Grenzwachtkorps ist in den letzten Jahren insgesamt deutlich komplexer geworden – ich erinnere Sie nur an die Aufgaben, die es im Zusammenhang mit Schengen übernommen hat und bei deren Bewältigung es sich durchaus bewährt hat. Die Veränderungen erfordern deutlich mehr Flexibilität. Es müssen Prioritäten gesetzt werden, und die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnerbehörden muss intensiviert werden. Das Grenzwachtkorps muss in die Lage versetzt werden, sowohl das Tagesgeschäft zu bewältigen als auch Interventionen und Aktionen vornehmen zu können, die durch die aktuelle Lagebeurteilung indiziert sind.

Die Nordwestschweiz, die Westschweiz und das Tessin sind überproportional von der Einbruchskriminalität betroffen, also von Kriminellen, die sich nicht ankündigen, die nicht über die Grenze kommen und den Pass zeigen, wenn sie hier hineinkommen. Das war ja mein Argument, als wir über die systematischen Kontrollen an der Grenze diskutierten.

Für ihre Standesinitiativen haben die beiden Basel von anderen Grenzkantonen wie Aargau, Jura, Genf und Tessin explizite Unterstützung erhalten. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates – Sie haben es vorhin von Herrn Kollege Kuprecht gehört – führt aus, dass sie die Stossrichtung der Standesinitiative «vollumfänglich unterstützt». Von einer Kommission so stark unterstützt zu werden – von der Finanzkommission übrigens auch – ist ein seltenes Glück für dieses parlamentarische Instrument. Während sich die stetigen Bekenntnisse des Parlamentes zur Aufstockung des Grenzwachtkorps bislang spätestens bei den Budgetberatungen oder dann bei den Sparprogrammen wieder in Luft auflösten, findet die letztlich knappe Mehrheit

der Sicherheitspolitischen Kommission – es waren immerhin nur 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen – den Ausweg darin, keinen Handlungsbedarf auf Gesetzesstufe zu sehen. Fakt ist aber, dass noch nie eine Botschaft vorgelegt wurde – ich habe es bereits erwähnt –, in welcher die Aufgaben des Grenzwachtkorps untersucht, das Mengenwachstum und die Aufgabenveränderung beziffert und die Verteilung des Bedarfs auf die Regionen dargelegt wurden, sodass Entscheide auf der Basis echter Grundlagen getroffen werden könnten. Dies fordert und will die Initiative letztlich.

Mein Appell geht dahin, den stetigen Bekenntnissen endlich konkrete Schritte zur Umsetzung folgen zu lassen. Es geht hier nicht darum, dass man in operative Geschäfte hineinreden will, man will einfach sicherstellen, dass die Ressourcen vorhanden sind, wenn – beispielsweise wegen aktuellen Situationen wie jetzt im Tessin – Personal verlegt werden muss. Es kann nicht sein, dass dann auf der anderen Seite der Schweiz zu wenig Leute da sind und die Sicherheitslage darunter leidet.

Ich bitte Sie deshalb, der Initiative meines Kantons Folge zu geben.

Minder Thomas (V, SH): In meinem Votum beziehe ich mich auf die Standesinitiative Basel-Landschaft.

Ich habe in den letzten vier Jahren beides erlebt: dass man einem Vorstoss zustimmte, obwohl er bereits anderweitig aufgelegt ist, und dass man einen Vorstoss in einem solchen Fall ablehnte. Die Mehrheit der Kommission kam im vorliegenden Fall zum Schluss, dass der Standesinitiative keine Folge zu geben sei, weil man nicht nachdoppeln will.

Grundsätzlich ist es eigentlich unbestritten – wir haben es gehört –, dass Handlungsbedarf besteht. Angesichts der Entwicklungen in Sachen Flüchtlingsströme, Einbruchskriminalität aus dem grenznahen Ausland sowie terroristischer Gefahren ist eine markante Aufstockung des Grenzwachtkorps meines Erachtens mehr als dringend. Die Anzahl der Einbruchdiebstähle im Raum Basel-Landschaft ist tatsächlich beängstigend. Es ist schlicht Kernaufgabe des Staates, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, und zwar ab der Landesgrenze.

Ich habe in der Kommission angesichts der langen Rekrutierungs- und Ausbildungszeit des Personals des Grenzwachtkorps, die zwei bis drei Jahre dauert, die Frage gestellt, ob es in einem solchen Fall nicht schnellere und günstigere Lösungen gäbe. Wir müssen nämlich absolut vermeiden, dass Personal des Grenzwachtkorps rekrutiert und teuer ausgebildet wird und dann in ein paar Jahren beim nächsten Entlastungs- und Kostenreduktionsprogramm wieder auf die Strasse gestellt wird. Das geschieht, nach meinen Informationen bei der Militärpolizei.

Aus diesen Überlegungen heraus habe ich in der Kommission die Frage gestellt, ob nicht auch Zivildienstleistende oder Zivilschutzleistende die Asylsuchenden an den exponierten Grenzübergängen wie Chiasso, Buchs, St. Margrethen oder Basel empfangen könnten. Für die Kontrollen in den Zügen ist natürlich das Grenzwachtkorps zuständig, aber für die administrativen Arbeiten wie das Ausfüllen der Asylgesuchsformulare, die Inventur der mitgebrachten Utensilien, das Nehmen von zwei Fingerprints, den Transport zum Empfangszentrum, für solche Dienstleistungen könnten auch «Zivis» eingesetzt werden. Damit könnte das Personal des Grenzwachtkorps entlastet werden, insbesondere von den Backoffice-Arbeiten.

Meine Anregungen wurden in der Kommission skeptisch aufgenommen. Umso mehr hat es mich gefreut, nur Wochen später in den Medien über diese Idee zu lesen: In den Asylzentren, zum Beispiel in Schaffhausen, sind die «Zivis» bereits im Einsatz. Gerade in den aktuellen Wintermonaten, in welchen es zur Dämmerungszeit viele Einbrüche gibt, gehört das Grenzwachtkorps ins Zwischengelände und an die Front. Die Aufgabe der Erstregistrierung im Grenzschnitt könnte überdies auch von den «Zivis» oder eben von den Mitarbeitern des Staatssekretariates für Migration übernommen werden.

Erlauben Sie mir ein paar Bemerkungen zur Mobilität des Grenzwachtkorps. Ich war letzte Woche einen Tag in der Grenzwachregion III in der Ostschweiz zu Besuch. Allein die Zahlen in diesem Abschnitt sind eindrücklich. Mit dem starken Anstieg der Benutzung der Balkanroute sind auch die illegale Migration und damit die Zahl der sekundären Aufgriffe extrem gross. St. Margrethen und Buchs sind zurzeit das Tor zur Schweiz, was die Balkanroute anbetrifft. Schlepper wurden in diesem Jahr doppelt so viele aufgegriffen wie im Jahr zuvor. Der Schmuggel ist von 80 Fällen pro Woche im letzten Jahr auf 130 Fälle angestiegen. Professionelle Täterbanden sind auch in der Ostschweiz nicht weniger geworden. Gerade in der letzten Woche – das konnten Sie lesen – registrierte die Ostschweiz viele Überfälle auf Poststellen.

Der Chef des Grenzwachtkorps kann, wenn Basel schreit, Personal aus der Ostschweiz abziehen. Und wenn Chiasso ruft und es dort brennt, wie in diesem Jahr, können sehr wohl Grenzwächter aus der Nordwestschweiz oder aus Basel abdetachiert werden. Diese Verschiebungen sind jedoch alles andere als nachhaltig. Die Grenze wird einfach an einem anderen Ort weniger kontrolliert und durchlässiger.

Sie haben gestern gehört, dass die EU-Kommission getagt und entschieden hat, dass bei Bedarf an der Aussengrenze ein mobiles Korps zur Sicherheit abdetachiert werden könnte. Man konnte lesen, dass das Schweizer Grenzwachtkorps mit 3 Prozent seines Bestandes zu Hilfe kommen müsste. Es wäre nun interessant zu wissen, was das konkret bedeutet. Das Grenzwachtkorps hat nach meinen Informationen einen Bestand von 2045 Mitarbeitern. Somit wären 3 Prozent 60 Personen, welche abdetachiert würden. Fazit: Die nächste Standesinitiative eines Grenzkantons ist wohl nur eine Frage der Zeit.

Wir müssen bei diesem Thema, beim Bestand des Grenzwachtkorps, nach x Anläufen – wir haben es gehört, in der letzten Legislatur war es eigentlich ein Dauerthema – endlich weitsichtiger handeln. Man muss nicht Prophet sein, um zu erkennen, dass im nächsten Frühling und Sommer, wenn auch das Mittelmeer wieder ruhiger ist, Chiasso wieder ein Thema sein wird. Auch die in der Ostschweiz heute stark ansteigende Zahl der Gesuche von Asylsuchenden aus Afghanistan – wie gesagt, ich konnte mir letzte Woche dort ein Bild machen, die meisten kommen aus Deutschland und Österreich – ist für diese Region und für das Grenzwachtkorps in der Region III ein grosses Problem. Ich rechne im nächsten Jahr, was die Flüchtlingsströme anbetrifft, mit einem starken Überlauf aus den beiden Nachbarländern Deutschland und Österreich in die Schweiz.

Fazit: Es wird nächstes Jahr an drei Orten stark zunehmende Asylaktivitäten geben, in St. Margrethen und Buchs, in der Südschweiz sowie in der Nordwestschweiz. Heute ist dies noch nicht der Fall, und trotzdem, obwohl es in Chiasso relativ ruhig ist, ist das Grenzwachtkorps am Anschlag. Und wie gesagt, ist der Filter im Zwischengelände viel zu durchlässig geworden.

Ich unterstütze daher den Antrag Janiak auf Folgegeben bei der Standesinitiative Basel-Landschaft.

Es stimmt, dass die angenommene Motion Romano für das Aufstocken des Grenzwachtkorps, die ich auch unterstützt habe, ebenfalls hängig ist. Doch man darf zur Abwechslung auch einmal einer Standesinitiative Folge geben, um so den Kantonen das Signal zu geben: Jawohl, wir nehmen eure Anliegen auf!

Fetz Anita (S, BS): Die zwei Standesinitiativen aus Basel-Land und Basel-Stadt haben in etwa den gleichen Inhalt, deshalb habe ich Ihnen keinen speziellen Antrag gestellt, sondern unterstütze selbstverständlich den Antrag Janiak. In den letzten Jahren hat unser Rat mehrere Vorstösse zur Aufstockung des Grenzwachtkorps angenommen, und der Bundesrat hat das Grenzwachtkorps auch um 48 Stellen aufgestockt. Leider ging dabei die Nordwestschweiz fast leer aus: Wir bekamen von diesen 48 Stellen nur 4 – viel zu wenig für einen 24-Stunden-Betrieb in einer höchst komplexen, weil trinationalen Grenzsituation. Die Region Basel hat schweizweit die allerhöchste Anzahl an Grenzübertritten.

Diese Grenzübertritte finden in der Luft, auf der Strasse, in der Bahn, im Bus, im Tram und zu Fuss statt. Das heisst, die Komplexität ist enorm.

Die Annahme der Motion Romano war schön. Dieser Motion haben die meisten hier drin zugestimmt, d. h. die Mehrheit derjenigen, die damals schon dabei waren. Auch der Bundesrat hat ja den höheren Bedarf gesehen und hat auch schon mehrere Male versucht aufzustocken. Das Problem ist aber: Jedes Mal sind diese kleinen Aufstockungen von der Parlamentsmehrheit in der Budgetdebatte durch generelle Kürzungen beim Personal wieder kassiert worden. Das ist eine Politik, die wir so einfach nicht weiterführen können. Wir haben heute Morgen das Budget verabschiedet. Sie wissen, dass im Nationalrat ein Antrag mehrheitsfähig geworden ist, der Einsparungen von 125 Millionen Franken bei den Querschnittsaufgaben bedeutet hätte. Das hätte geheissen, dass wieder 7 Millionen beim Grenzwachtkorps weggegangen wären. Darüber wird mit solchen allgemeinen Kürzungsanträgen einfach hinweggesehen – übrigens von den gleichen rechtsbürgerlichen Kreisen, die vor einer Woche eine systematische Bewachung der Grenzen forderten. Ich finde, das ist eine höchst unseriöse Politik.

Ich muss Ihnen einfach sagen: In der Region Basel besteht grosser Handlungsbedarf. Ich bitte Sie, diesen Wünschen entgegenzukommen und dem Antrag Janiak zuzustimmen. Ich bin natürlich Realistin, ich kenne diesen Rat, und ich weiss, dass das wahrscheinlich ein frommer Wunsch ist. Deshalb gebe ich vor allem der SiK einen Wunsch mit: Ich fände es sinnvoll, wenn Sie beim Bundesrat endlich eine Botschaft zum Grenzwachtkorps verlangen würden. Es muss jetzt eine genaue Analyse, eine genaue Lageanalyse stattfinden, denn die Aufgaben werden in Zukunft nicht weniger, sondern sie werden mehr. Dann kann man wenigstens einmal auf einer seriösen Basis konkret darüber reden, wo, in welchen Regionen, welcher Bedarf besteht. Das ist jetzt einfach nötig, nicht zuletzt auch, um dem Aspekt der Sicherheit in allen Grenzregionen der Schweiz Rechnung zu tragen.

Aber ich bitte Sie trotzdem, den Einzelantrag Janiak anzunehmen.

Luginbühl Werner (BD, BE): Ich habe durchaus Verständnis für die formellen Bedenken, wie sie vom Kommissionsprecher dargelegt wurden, und ich bin auch mit der Aussage einverstanden, dass kein unmittelbarer gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Trotzdem bin ich nicht ganz sicher, ob die SiK die Tragweite der heutigen Situation wirklich umfassend und richtig einschätzt.

Wir haben vor einigen Tagen – es wurde bereits erwähnt – über die systematischen Grenzkontrollen diskutiert. Ich habe mich gegen diese ausgesprochen, weil ich nicht glaube, dass sie einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der anstehenden Probleme leisten können. Ich habe mich auch dagegen ausgesprochen, weil es gar nicht möglich ist, systematische Grenzkontrollen durchzuführen. Das ändert aber nichts an meiner Befürchtung, dass sich die Situation, in der wir heute stehen – die Situation im Asylwesen vor allem, die Sicherheitslage –, nicht sehr rasch entschärfen wird. Das ist leider zu befürchten.

Aus meiner Sicht spielt das Grenzwachtkorps bei der Bewältigung der heutigen Situation eine ganz wesentliche Rolle. Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ist ein wichtiges Bedürfnis; die Leute sorgen sich in der heutigen Situation, dass das Ganze aus dem Ruder laufen könnte. Insofern gilt es auch für uns als Parlament, Prioritäten zu setzen. Lineare Kürzungen werden nach meiner Auffassung in Zukunft nicht mehr möglich sein. In der heutigen Situation können wir nicht einfach jede theoretisch beschlossene Erhöhung des Bestandes des Grenzwachtkorps in der nächsten Budgetrunde mit linearen Kürzungen wieder zunichtemachen. Eigentlich müsste nach meiner Auffassung der Bundesrat diese Aufgabe übernehmen und Prioritäten setzen. Wenn er es nicht macht, müssen wir es machen. Aber jemand muss die Prioritäten setzen, und die Sicherheit ist im Moment etwas, was die Bevölkerung beschäftigt.

Kollege Kuprecht hat dargelegt, dass bis 2017 zusätzliche 130 Stellen geschaffen sein sollen. Das ist immerhin etwas, das sind etwa 6 bis 7 Prozent des heutigen Bestandes. Angesichts der Herausforderungen, die sich in den letzten Monaten quasi verdoppelt haben, befürchte ich aber, dass das nicht genügt. Die heutige Aufgabenbewältigung, die heutige Prioritätensetzung durch das Grenzwachtkorps führt dazu, dass sehr viele andere Aufgaben, die normalerweise auch bewältigt werden, gar nicht mehr bewältigt werden können. Das funktioniert eine Weile, aber das kann nicht Jahre funktionieren. Wenn ich die Rekrutierungszeiten mitberücksichtige, glaube ich, dass weitere Erhöhungen des Bestandes des Grenzwachtkorps nötig sein werden. Ich glaube nicht, dass wir Gefahr laufen, Überbestände zu haben. Diese Leute sind, einmal ausgebildet, auch in den kantonalen Polizeikörpern, die ja auch Leute suchen, einsetzbar. Aus all diesen Überlegungen bin ich der Meinung, dass man der Standesinitiative Basel-Landschaft Folge geben sollte. Und selbst wenn ihr keine Folge gegeben wird, bin ich der Meinung, dass sich die SiK mit diesem Thema grundlegend befassen muss.

Cramer Robert (G, GE): Représentant ici un canton frontalier, il ne vous étonnera pas que je soutienne la proposition Janiak de donner suite à l'initiative 15.301. Beaucoup de choses ont été dites, mais permettez-moi d'ajouter deux ou trois considérations.

La première porte sur les questions de procédure. Monsieur Minder nous a dit que nous n'avions pas de véritable doctrine en la matière et que lorsque nous estimions que le Conseil fédéral agissait déjà dans le bon sens, cela ne nous empêchait pas de soutenir des motions et des postulats, tandis que, dans d'autres cas, nous en tirions argument pour les rejeter. En l'occurrence, sur ces questions de procédure, je constate tout d'abord que les cantons ne peuvent pas rédiger de postulats; ils ne peuvent pas demander au Conseil fédéral d'étudier quelque chose. Le seul instrument que la Constitution leur donne, c'est celui de l'initiative des cantons. On ne s'étonnera donc pas qu'ils se saisissent de cet instrument.

Non seulement on ne peut pas s'en étonner, mais je trouve qu'il y a aussi quelque chose d'un peu paradoxal dans le rapport de la Commission de la politique de sécurité. Celle-ci nous indique à la fois que l'outil utilisé n'est pas adéquat parce qu'il ne faut pas intervenir sur le plan législatif et que cette initiative cantonale reprend largement le contenu de la motion Romano, c'est-à-dire concrètement une invite au Conseil fédéral à légiférer.

Arguer de l'inutilité de cette initiative cantonale parce qu'elle interviendrait sur le plan législatif, en justifiant cela par le fait qu'une législation est en préparation, est un raisonnement un peu étrange. C'est non seulement étrange, mais c'est aussi techniquement discutable, parce que l'on peut parfaitement imaginer des législations-cadres qui donnent une orientation au Conseil fédéral, qui précisent dans quel contexte les autorités interviennent et qui, ensuite, lui laissent une faculté d'appréciation en ce qui concerne les effectifs et l'organisation concrète. Voilà en ce qui concerne les questions techniques.

Sur le fond, il est utile de donner suite à ces initiatives cantonales, parce qu'il y a un message à faire passer au Conseil fédéral. Nous avons déjà à plusieurs reprises eu des débats sur ce thème dans cette salle et nous avons toujours perçu le Conseil fédéral comme extrêmement réticent à la perspective de devoir charger son budget par de nouvelles dépenses au niveau du Corps des gardes-frontière. Il est donc réellement nécessaire de faire passer ce message non seulement sous la forme d'un message politique, mais également sous la forme d'un message législatif. Il faut qu'il y ait dans notre législation des contraintes pour le Conseil fédéral en matière d'effectifs de gardes-frontière.

J'aimerais encore relever, en complément de ce qui a été dit, qu'on a beaucoup invoqué dans notre discussion des éléments qui tiennent à la sécurité – la problématique de la lutte contre le terrorisme – et aux questions migratoires, c'est-à-

dire des points qui sont déjà largement traités par les accords de Schengen/Dublin. J'aimerais ajouter un troisième élément, qui est absent dans ce débat mais qui est essentiel pour l'économie de tous les cantons frontaliers: c'est la problématique du tourisme d'achat. Aujourd'hui, la place commerciale des cantons frontaliers est en train de se vider de sa substance à cause du tourisme d'achat, et une des mesures visant à limiter le tourisme d'achat est de s'assurer simplement que les gens ne trichent pas et que ce tourisme d'achat reste dans les limites des exigences douanières. Actuellement, les contrôles sont pratiquement inexistantes et s'il en est ainsi, c'est parce que les effectifs douaniers ne sont pas suffisants. Alors à quoi sert-il d'édicter des lois dans ce pays si dans le même temps nous admettons qu'il n'y a pas les moyens de les appliquer et de les faire respecter? Voilà quelques bonnes raisons, me semble-t-il, pour soutenir la proposition Janiak.

Lombardi Filippo (C, TI): Permettetemi di aggiungere anche una voce dal profondo sud della Svizzera ovvero da un altro dei cantoni di frontiera, che sono chiaramente toccati dalle problematiche evocate da queste due iniziative cantonali di Basilea Campagna e di riflesso anche Basilea Città.

Le motivazioni sono state esposte da chi mi ha preceduto e sono molto chiare: nel momento in cui la popolazione sente fortemente la problematica della sicurezza alle frontiere e desidera fortemente che la Confederazione prenda delle misure, non è possibile dare un segnale di diversa natura, respingendo queste iniziative cantonali – dobbiamo essere coerenti! E vero, la mozione Romano che chiede di aumentare l'effettivo del corpo delle guardie di confine impone al Consiglio federale di andare nella direzione giusta. Mi sembra però che il Consiglio federale si muova a piccolissimi passi e lo faccia a dosi omeopatiche. Io invece credo che di fronte alle problematiche che abbiamo le soluzioni omeopatiche non bastino.

Vi prego quindi di sostenere la proposta individuale Janiak e quindi di dare seguito all'iniziativa di Basilea Campagna, che per altro ha lo stesso testo di quella di Basilea Città.

Kuprecht Alex (V, SZ), für die Kommission: Was diese Standesinitiative will, ist eigentlich bereits durch die Annahme der Motion Romano 12.3071 vollumfänglich erfüllt. Es stellt sich jetzt die Frage, wer zuständig ist, den Bestand des Grenzwachtkorps entsprechend zu erhöhen. Es ist nicht das VBS, es ist das Finanzdepartement, denn das Grenzwachtkorps ist Teil der Eidgenössischen Zollverwaltung.

Ich habe Ihnen gesagt, dass wir in vier Jahren 130 Stellen bewilligt haben, im Prinzip im Rahmen des Budgets. Aber diese Stellen muss das Grenzwachtkorps auch entsprechend beantragen, und das war in der Vergangenheit nicht immer so. Ich höre den Kommandanten des Grenzwachtkorps noch sehr gut, wie er sagte: «Mit diesem Bestand kann ich leben.» Es liegt also primär am Kommandanten des Grenzwachtkorps und am Direktor der Eidgenössischen Zollverwaltung, beim künftigen Departementschef neue Stellen zu beantragen; das in Bezug auf die Dotation des Grenzwachtkorps.

Frau Kollegin Fetz, es ist nicht die Aufgabe des Parlamentes, und es ist auch nicht die Aufgabe der Vorsteherin des Finanzdepartementes, dem Grenzwachtkorps zu sagen, bei welchen Grenzübertritten und in welchen Grenzabschnitten es wie viele Mitarbeiter einzusetzen hat. Das sind operative Aufgaben, für die einzig und allein der Kommandant des Grenzwachtkorps mit seinen Abschnittskommandanten verantwortlich ist. Sie müssen wissen, wie viele Leute sie in welchem Abschnitt brauchen. Es kann doch nicht sein, dass wir gesetzgeberisch praktisch noch festschreiben, in welchem Grenzabschnitt wie viele Leute eingesetzt werden! Das ist nicht unsere Aufgabe.

Nun, wir haben zwei Standesinitiativen, die praktisch genau gleichlautend sind. Die eine ist der anderen wohl abgeschrieben worden. Sie müssen sich schon im Klaren sein: Wollen Sie beiden Initiativen Folge geben? Oder wollen Sie nur einer Folge geben? Es macht wenig Sinn, wenn Sie der

Initiative von Basel-Stadt keine Folge geben und der Initiative von Basel-Landschaft Folge geben, obwohl sie im Prinzip gleichlautend sind. Sie müssen hier schon kongruent sein.

Zum Schluss: Machen wir uns nichts vor! Der Standesinitiative Basel-Landschaft Folge zu geben, das ist gut gemeint. Die Initiative ist inhaltlich erfüllt, und ihr Folge zu geben ist nichts anderes, als gegenüber der Bevölkerung ein positives Signal auszusenden. Wir veranlassen etwas, was im Prinzip auf den Grundlagen, die wir haben, schon gemacht werden kann, wenn die verantwortlichen Personen das wollen. Es kommt mir so vor, wie wenn wir hier eine Wolke von einem Ende zum anderen schieben würden, wie eine Wolkenschieberei also. Verantwortlich ist das Finanzdepartement, es hat die Aufgabe, diesen Auftrag umzusetzen.

In einem gebe ich Ihnen Recht, Frau Kollegin Fetz: Es kann nicht sein, dass wir im Rahmen von pauschalen Kreditkürzungen beim Personal derartige Kreditkürzungen entsprechend hineinbringen und dann genau das Grenzwachtkorps, dessen Bestand wir um 100 bis 200 Stellen erhöhen wollen, wieder betroffen ist. Ich mache Sie, Frau Kollegin Fetz, noch auf Folgendes aufmerksam: Als es um die Motion Fehr Hans 12.3180, «Aufstockung des Grenzwachtkorps», ging, die 200 bis 300 neue Stellen forderte, habe ich in diesem Saal nicht manche Hand gesehen, die zugestimmt hat. Jetzt, plötzlich, aufgrund von etwas veränderten Umständen, plagt einen das Gewissen, und man möchte jetzt hier das Signal aussenden, dass man etwas macht.

Der Antrag der Sicherheitspolitischen Kommission lautet, der Standesinitiative Basel-Landschaft keine Folge zu geben. Die Kommission hat sich schon x-mal über diese Frage unterhalten, sie hat auch detaillierte Berichte erhalten und hat sich mit dem Kommandanten des Grenzwachtkorps auseinandergesetzt. Wir waren seinerzeit entsprechend auch in Schaffhausen und haben uns dort die Lage angeschaut. Wir haben uns sehr intensiv mit dem Problem befasst.

Ich bitte Sie, entweder dem Antrag der Kommission zuzustimmen und der Standesinitiative Basel-Landschaft keine Folge zu geben oder aber, wenn Sie ihr Folge geben, mindestens beide Standesinitiativen gleich zu behandeln.

Lombardi Filippo (C, TI): Herr Kuprecht hat Recht: Natürlich müssen wir beiden Standesinitiativen Folge geben. Wenn es um ein Signal geht, das aus unserem Rat kommen soll, dann sollten wir natürlich beiden Folge geben. Ich stelle den formellen Antrag, wenn das noch nicht gemacht worden ist, dass beiden Initiativen Folge zu geben sei.

Herr Kuprecht hat auch Recht, wenn er sagt, dass es nicht an uns sei, zu sagen, welches Departement oder wer diese Massnahmen zu treffen habe. Die Initiativen sind jedoch korrekterweise breit gefasst und sprechen von «Bundesbehörden»; es heisst: «Die Bundesbehörden werden dringend ersucht, das Grenzwachtkorps ...» Es wird in der Weisheit des Bundesrates liegen, die Massnahmen auf seinem Niveau zu treffen und dann eine operative Stufe zu bestimmen, welche die operativen Detailentscheidungen treffen wird.

Letztlich ist es, entschuldigen Sie, auch richtig, dass die Kommandanten die Bestände einsetzen können, die ihnen zur Verfügung stehen. Man stellt aber fest, dass die Bestände eben nicht genügen, um alle Probleme in den schwierigen Regionen zu lösen. La coperta è troppo corta – wenn die Personaldecke zu dünn ist, dann ist man gezwungen, einige Leute aus einem Kanton in einen anderen zu verschieben, sodass wiederum Probleme im ersten Kanton entstehen.

Wir müssen eine Lösung ermöglichen. Der Bundesrat hat bis jetzt zu wenig getan. Es sind nicht die 20, 24 oder 28 zusätzlichen Stellen, die das Problem lösen werden. Wir müssen ein politisches Signal geben. Die Bevölkerung erwartet von uns, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen. Bitte geben Sie beiden Standesinitiativen Folge.

Fetz Anita (S, BS): Um die Verwirrung um die beiden Standesinitiativen, die ja faktisch identisch sind, nicht zu erhöhen, erlaube ich mir, diejenige des Kantons Basel-Stadt zu-

gunsten derjenigen des Kantons Basel-Landschaft zurückzuziehen. (*Unruhe*) Doch, wenn ich die einzige Vertreterin des Kantons Basel-Stadt in diesem Haus bin, kann ich das! (*Heiterkeit*) Also, dann wird Kollege Lombardi seinen Antrag noch einreichen.

Was ich einfach noch sagen möchte, bevor wir zum Abstimmen kommen: Es sind ja beide Standesinitiativen identisch. Wie Sie auch immer stimmen, ich bitte Sie einfach, Ihre Kollegen im Nationalrat daran zu erinnern, dass sie morgen beim Budget nicht dem Antrag der Minderheit der Einigungskonferenz zustimmen, denn wenn sie das machen, kürzen sie dem Grenzwachtkorps damit gleich wieder 7 Millionen Franken weg. Das sind für mich echt – wie sagt man das jetzt diplomatisch? –, das sind für mich üble Unterzüge, die man offenlegen muss. Das passiert jedes Mal; jedes Jahr passieren beim Budget genau solche Unterzüge! Nachher will man wieder nichts davon gewusst haben, dass die Personalkürzungen auch das Grenzwachtkorps betreffen.

Schliesslich noch eine kleine Beruhigung für den Kommissionspräsidenten: Ich habe damals der Motion Fehr Hans 12.3180 zugestimmt, denn ich versuche eigentlich immer, eine gewisse Kongruenz aufrechtzuerhalten.

Le président (Comte Raphaël, président): Les initiatives cantonales ne peuvent pas être retirées puisque aucun membre de ce conseil n'en est l'auteur; c'est bien le parlement du canton en question qui en est l'auteur. Même si vous représentez cent pour cent de la députation de Bâle-Ville, Madame Fetz, vous ne pouvez retirer une telle initiative.

Monsieur Lombardi a fait une proposition orale de donner suite à l'initiative 15.311, et il soutient la proposition Janiak de donner suite à l'initiative 15.301.

15.301

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben ... 31 Stimmen

Dagegen ... 8 Stimmen

(1 Enthaltung)

15.311

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben ... 31 Stimmen

Dagegen ... 9 Stimmen

(0 Enthaltungen)

15.307

Standesinitiative Bern. Die zentrale Staatsaufgabe «Sicherheit» muss wieder ernst genommen werden

Initiative cantonale Berne. La sécurité est une tâche publique qui doit être prise au sérieux

Vorprüfung – Examen préalable

Ständerat/Conseil des Etats 16.12.15 (Vorprüfung – Examen préalable)

Le président (Comte Raphaël, président): Un rapport écrit de la commission vous a été remis. La commission propose, par 11 voix contre 0, de ne pas donner suite à l'initiative.

Kuprecht Alex (V, SZ), für die Kommission: Die vorliegende Standesinitiative verlangt, dass auf Verfassungsebene die